Die Verlierer der Wahl

Die Prognosen der Meinungsforscher sind immer häufiger nicht zutreffend – neue Richtlinien sollen Abhilfe schaffen.

WIEN. Wahlprognosen: Welche Partei macht das Rennen? Wer muss mit wem eine Koalition bilden, wer hat noch etwas zu melden, und wer wird sich aus dem Nationalrat verabschieden müssen? Mit diesen Fragen beschäftigen sich die Meinungsforscher – und dürfen sich so letztlich meist zu den Verlierern der großen Wahlabende zählen. Immer seltener liegen sie mit ihren Prognosen und Vermutungen richtig. Umfragen im Vorfeld können der Realität kaum noch standhalten.

Mit neuen Richtlinien und mehr Transparenz will man nun die Qualität der Wahlforschung heben. Der Verband der Markt- und Meinungsforschungsinstitute Österreichs (VdMI) hat jetzt neue Regeln für Wahlumfragen erarbeitet.

© APA/Herbert Pfarrhofer

Stimmabgabe
In der Wahlkabine kann man schon einmal anders entscheiden als bei einer Umfrage angegeben.

Mehr Transparenz

Doch wie kann es geschehen, dass Prognosen danebengehen? Politikwissenschaftler erklären, Wähler würden sich in der *Wahlkabine* anders verhalten als bei einer Umfrage. Hinzu kommt die steigende Verweigerung von Umfragen – diese werden zunehmend als lästig empfunden.

Eine wesentliche Vorgabe des VdMI für künftige Wahlumfragen: Eine Mindeststichprobengröße von 800 Befragten muss vorhanden sein, und es soll sich um keine reinen Online-Befragungen mehr handeln.

Daneben wird künftig bei der Veröffentlichung von Umfragen eine ganze Reihe von *Parametern* mitgeliefert, die für mehr Transparenz sorgen sollen: der Name des Auftraggebers der Studie, der Name des durchführenden Instituts sowie anderer an der Erhebung beteiligter Institute, die genaue Beschreibung der Zielgruppe, die Anzahl der Deklarierten, also die Anzahl der Personen, die in der Sonntagsfrage eine Partei genannt haben, die Schwankungsbreite auf Basis der Deklarierten in der Rohstichprobe, Stichprobengrundlagen und -methoden, Untersuchungszeitraum, Befragungsmethode, der Wortlaut der Fragen sowie Details zum Gewichtungsverfahren.

20%

Stichprobengröße
Die geforderten Erhebungen mit 800 Befragten bedeuten Mehrkosten von 20 bis 30%.

Qualität anheben

Möglichst viele dieser Informationen sollen von den Medien, die solche Wahlumfragen in Auftrag geben, *veröffentlicht* werden. Darüber hinaus sollen die beauftragten Meinungsforschungsinstitute die Daten auch selbst innerhalb von 48 Stunden nach der Veröffentlichung in einem Medium auf der eigenen Homepage publizieren. Werden alle Anforderungen erfüllt und alle Parameter veröffentlicht, dann darf die Umfrage den Zusatz „diese Studie wurde nach den Richtlinien des VdMI durchgeführt" verwenden.

Man erhofft sich, auf diese Weise die Qualität von Wahlforschungsumfragen deutlich anzuheben. Dennoch betont man, dass es sich bei Umfragen weiterhin um eine *Ist-Messung* handelt und um kein exaktes Wahlprognoseinstrument für den Tag X. Außerdem sei der Wählermarkt extrem beweglich geworden: „Würden wir jeden Sonntag den Nationalrat wählen, hätten wir jede Woche ein anderes Ergebnis", gibt Paul Christian Eiselsberg, Prokurist beim Marktforschungsunternehmen IMAS und Mitglied der entsprechenden VdMI-Arbeitsgruppe, zu bedenken.

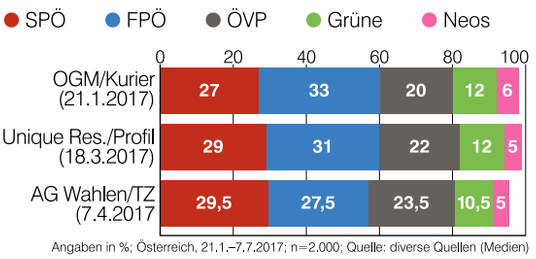
Erhöhte Treffsicherheit?

Beim VdMI, dem rund 30 Institute angehören, die 90% des Markts abdecken, will man nun vor allem die Medien in Richtung der neuen Richtlinien sensibilisieren. Derzeit gibt es immer wieder Umfragen mit einem 400er- oder 500er-Sample; Erhebungen mit 800 Befragten bedeuten Mehrkosten von 20 bis 30% je Umfrage.

Es bleibt zu hoffen, dass die Umfragen dank der neuen Richtlinien treffsicherer werden; zumindest scheint man auf diese Weise für mehr Transparenz zu sorgen. Zu hoffen bleibt, dass in Zukunft auf die Unzuverlässigkeit der Prognosen kein Verlass mehr ist. *(gs)*

Sonntagsfrage

Umfrageergebnisse
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Nationalratswahl wäre?



Angaben in %; Österreich, 21.1.–7.7.2017; n=2.000; Quelle: diverse Quellen (Medien)